Appell des Polnischen Städtebundes

**Betrifft: Mitgliedschaft der Ukraine in der Europäischen Union**

Die Einwohner, lokalen Gemeinschaften und bürgerlichen Organisationen der polnischen Städte und Dörfer haben sich um Millionen von Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine gekümmert und unterstützen diese weiterhin in beispielloser Weise. Wir wollen ihnen nach besten Kräften und mit solidarischer Unterstützung der gesamten Europäischen Union menschenwürdige Lebensbedingungen in Polen schaffen, ohne dabei die wachsenden Bedürfnisse unserer Schwestern und Brüder zu vergessen, die in der Ukraine für die Freiheit ihres Heimatlandes und ganz Europas kämpfen.

Wir bitten die Vertreter der polnischen Regierung, an den Rat der Europäischen Union zu appellieren, den Antrag der Ukraine auf Anerkennung des Kandidatenstatus für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union unverzüglich anzunehmen. Das Europäische Parlament hat am 1. März 2022 mit überwältigender Mehrheit (637 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen, 26 Enthaltungen) eine Entschließung zu diesem Thema verabschiedet, in der es die anderen Organe der EU dazu auffordert, im Einklang mit Artikel 49 des Vertrags über die Europäische Union und auf der Grundlage der bisherigen Fortschritte der Ukraine darauf hinzuarbeiten, dass dem Land der Status eines EU-Beitrittskandidaten zuerkannt wird.

Wir bitten die Europäischen Kommunalverbände, deren wir Mitglied sind, sowie die Bürgermeister von Städten in ganz Europa, einen ähnlichen Appell an ihre Regierungen zu richten. Dies ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine wirksame Unterstützung der Ukraine in ihrem Kampf um die Zukunft unseres Kontinents.

Starogard Gdański, 13. Mai 2022 Zygmunt Frankiewicz

 PRÄSIDENT DES STÄDTEBUNDES